

Estland

Andres Kasekamp¹

Das vergangene Jahr war eines der am wenigsten bewegten in der Geschichte der estnischen Innenpolitik. Die Koalitionsregierung von Ministerpräsident Andrus Ansip – bestehend aus der Reformpartei (ein Mitglied der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa) und der Union von Pro Patria und Res Publica (Europäische Volkspartei) – führte ihren Kurs einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik fort und brachte nur sehr wenige signifikante neue Reformen ein. Ansip ist nun nicht mehr nur der am längsten regierende Ministerpräsident Estlands, sondern, sieht man einmal von Luxemburg ab, der derzeit am längsten amtierende Ministerpräsident in der gesamten EU. Der einzige Wechsel in der Regierung fand statt, nachdem Verteidigungsminister Mart Laar einen Schlaganfall erlitten hatte und ihm im Mai 2012 Urmas Reinsalu folgte. Zuvor war es Reinsalu im Januar 2012 gelungen, Laar als Vorsitzenden der Union der Pro Patria und Res Publica abzulösen.

Das angespannte Verhältnis, das zwischen der Regierung und der größten Oppositionspartei, der Zentrumsparlei, herrscht, bestand fort. Die Zentrumsparlei mit ihrem Vorsitzenden, Edgar Savisaar, der die Hauptstadt Tallinn, in der ein Drittel der Bevölkerung lebt, regiert, war in mehrere Korruptionsfälle verwickelt. Fünf Mitglieder der Zentrumsparlei traten wegen des autoritären Führungsstils Savisaars aus der Fraktion im Parlament aus und gründeten ihre eigene unabhängige Fraktion.

Für Wirbel sorgte im Mai 2012 eine Kontroverse über die Parteienfinanzierung. Der ehemals der Fraktion der Reformpartei angehörige Silber Meikar beschuldigte den früheren Generalsekretär der Reformpartei Kristen Michal, den derzeitigen Justizminister, ihn bedrängt zu haben, Gelder unbekannter Herkunft in die Parteikasse zu spenden. Michal wies die Anschuldigungen zurück und verweigerte den Rücktritt, allerdings waren sowohl die Medien als auch die Öffentlichkeit fest von der Darstellung der Ereignisse Meikars überzeugt. Der Disput kam auf, nachdem die im Parlament vertretenen Parteien Gesetzesvorlagen zur Schaffung von „Worldview Foundations“ eingebracht hatten, die den deutschen politischen Stiftungen nachmodelliert sein sollten. Dies provozierte einen öffentlichen Aufschrei, da es den Anschein machte, als ob die Parteien planen würden, öffentliche Gelder für eigene Zwecke zu verwenden. Die geplante Gesetzgebung musste verschoben werden.

Die politische Kultur in Estland ist eher verhalten: Demonstrationen und Streiks sind selten. Die große Resonanz auf das ACTA-Abkommen und die vehementen Proteste gegen ein solches im Februar 2012 kamen daher überraschend. Diesen folgte nach Jahren auch ein größerer Streik von Lehrern im März 2012, die höhere Gehälter forderten.

Die Regierung, und vor allem Ministerpräsident Ansip werden zunehmend als arrogant und fern der Öffentlichkeit gesehen. „Stagnation“ und „Politisierung“ sind zwei der am häufigsten verwendeten Schlüsselwörter von Kommentatoren, wenn es darum geht, den aktuellen Zustand des öffentlichen Lebens in Estland zu charakterisieren. Dennoch ist die Reformpartei in Meinungsumfragen stets die beliebteste unter den politischen Parteien.

¹ Übersetzt aus dem Englischen.

Wirtschaft

Die Wachstumsrate des BIP gehörte mit 8,3% im Jahr 2011 zu den am rasantesten steigenden in Europa. Gleichzeitig sanken die Arbeitslosenzahlen, auch wenn die Arbeitslosigkeit mit 13% weiterhin hoch blieb. Mit einem geringen Haushaltsdefizit wurde Estland eine der gesündesten Volkswirtschaften der Eurozone, ein positives Beispiel für Haushaltsdisziplin und den Erfolg von Sparmaßnahmen. Die estnische Wirtschaft profitierte von der Wirtschaftskraft ihrer wichtigsten Handelspartner Schweden und Finnland. Die andere Seite der Medaille ist mit 5% im Jahr 2011 eine der höchsten Inflationsraten in der EU – ein Trend, der zweifellos durch die Einführung des Euro beeinflusst wurde. 2012 hat sich das Wirtschaftswachstum erheblich verlangsamt und die Besorgnis über die Anzahl derjenigen Esten wächst, die das Land verlassen, um anderswo besser bezahlte Arbeitsplätze anzunehmen, vor allem im Nachbarland Finnland.

Außenpolitik

Es war eines der ruhigsten Jahre in den Beziehungen Estlands mit Russland – das allein ist schon eine positive Entwicklung. Dies ist teilweise eine Folge der amerikanisch-russischen „Reset“-Politik und der Modernisierungspartnerschaft der EU mit Russland. Insbesondere sind die Exporte nach Russland und die Anzahl der russischen Touristen in Estland gestiegen.

Die NATO-Luftraumüberwachungsmission der baltischen Staaten, die bisher auf Ad-hoc-Basis stattfand, wurde auf dem NATO-Gipfel im Mai 2012 in Chicago als Bündnispolitik bestätigt. Estland ist weiterhin ein großer Verfechter der NATO-Mission in Afghanistan und hat keine Aussagen über einen Rückzug seiner Truppen aus Afghanistan getroffen. Es erfüllte seine Zusage, bis zu 2% seines BIP für Verteidigungsausgaben aufzuwenden, und entspricht somit dem NATO-Standard, und dies obwohl die meisten anderen NATO-Mitgliedstaaten inzwischen unter dieses Ausgabenziel zurückgefallen sind.

Europapolitik

In der EU-Politik unterstützte Estland Initiativen im Bereich Cybersicherheit, Energieversorgungssicherheit, Östliche Partnerschaft, Liberalisierung des Energiemarkts sowie Transparenz, Innovation und Binnenmarkt und blieb ein überzeugter Befürworter der Erweiterung. Die Zusammenarbeit mit den anderen baltischen Staaten und den nördlichen Ländern als regionaler Block innerhalb der EU wurde ausgebaut. Am 24. November 2011 verabschiedete die Regierung Estlands ihre Europapolitik für die Jahre 2011-2015. Flaggschiff-Initiative ist die Schaffung eines europäischen digitalen Binnenmarkts.

Zum ersten Mal seit dem EU-Beitritt entwickelte sich eine ernstzunehmende öffentliche Debatte über Europa in Estland. Initiiert wurde diese von Rechtskanzler Indrek Teder, der eine Verfassungsklage über die Rechtmäßigkeit des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) einreichte, da er die ausschließliche Zuständigkeit des estnischen Parlaments in Haushaltsangelegenheiten verletzt sah. Am 12. Juli 2012 urteilte der Oberste Gerichtshof knapp zugunsten der Regierung und machte den Weg frei für die parlamentarische Ratifizierung am 30. August 2012. Um die Opposition zu besänftigen, werden ESM-bezogene Entscheidungen nun dem gesamten Parlament zur Zustimmung vorgelegt, statt diese nur vom parlamentarischen Ausschuss für europäische Angelegenheiten verabschieden zu lassen.

Als jüngstes Eurozonenmitglied war Estland besonders daran gelegen, als konstruktives und mustergültiges Land zu gelten. Dennoch wuchs der öffentliche Unmut darüber, als ärmstes Land der Eurozone reichere Mitgliedstaaten zu retten, die die Regeln gebrochen haben. Die Tatsache, dass ein griechischer Rentner mehr als das Durchschnittsgehalt eines Esten bezieht, ist ein markantes Beispiel, dass in der Debatte über die Eurokrise vorgebracht wurde.